

A n t r a g

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

zu den Unterrichtungen der Landesregierung nach Artikel 67 Abs. 4 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Angelegenheiten der Europäischen Union i. V. m. § 54 a GO

zum Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas "Die EU der 27 im Jahr 2025 - Überlegungen und Szenarien"
- Drucksache 6/7153 -

und

zu den Reflexionspapieren der Europäischen Kommission
- Drucksache 6/7154 -

sowie

zur Unterrichtung der Präsidentin des Landtags über das Beratungsergebnis des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien zum Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas "Die EU der 27 im Jahre 2025 - Überlegungen und Szenarien" und zu den Reflexionspapieren "Die soziale Dimension Europas", "Die Globalisierung meistern", "Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion", "Die Zukunft der Europäischen Verteidigung" und "Die Zukunft der EU-Finzenzen"
- Drucksache 6/6731 -

Die Zukunft der Europäischen Union mitgestalten - Impulse für ein geeintes, soziales, demokratisches und ökologisches Europa

- I. Der Landtag nimmt den in der Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags abgegebenen Bericht des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien zum Beratungsverlauf zu oben genanntem Beratungsgegenstand in Drucksache 6/6731 an.
- II.1. Der Landtag stellt fest, dass die Werte der Europäischen Union, die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte entschieden verteidigt und für die Zukunft erhalten werden müssen.
2. Der Landtag präferiert als Zielsetzung die Umsetzung des 5. Szenarios "Viel mehr gemeinsames Handeln" und tritt für eine weitere Stärkung der Europäischen Union ein. Denn nur mit einem starken Europa können der Frieden gewahrt und die Lebensverhältnisse für

alle in Europa lebenden Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessert werden. Der Landtag ist der Auffassung, dass es einen längeren Prozess benötigt, um das Ziel eines gemeinsam handelnden Europas zu erreichen. Während dieses Entwicklungsprozesses kann es aus Sicht des Landtags phasenweise durchaus zur befristeten Anwendung von Mischszenarien kommen.

3. Der Landtag ist der Überzeugung, dass die Förderpolitik der EU nach dem Jahr 1989 maßgeblich dazu beigetragen hat, in Thüringen eine soziale Infrastruktur zu schaffen, Arbeitsmarktförderung zu ermöglichen und erfolgreiche Klein- und mittelständische Unternehmen entstehen zu lassen.
 4. Ein neuer Aufbruch für Europa muss aus Sicht des Landtags insbesondere den Ausbau der sozialen Grundrechte für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger in den Fokus rücken. Der Landtag begrüßt daher den Konsultationsbeitrag Thüringens gemeinsam mit Brandenburg und Berlin zur Sozialen Säule, auch über den Bundesrat hinaus.
 5. Aus Sicht des Landtags muss die EU beim Klimaschutz international eine Vorreiterrolle einnehmen und für eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens eintreten. Die Klimakrise kann nur global und durch gemeinsame Umwelt- und Klimaschutzziele bewältigt werden.
- III. Der Landtag bekräftigt, dass der Diskussionsprozess zur Zukunft der Europäischen Union fortgeführt werden muss. Die bisherigen Dialog-Veranstaltungen zu europapolitischen Themen sollten auch unter Einbeziehung des Europäischen Informationszentrums fortgesetzt werden.
- IV. Der Landtag setzt sich auch weiterhin für eine kooperative Zusammenarbeit mit den Partnerregionen Thüringens ein und wird im Rahmen grenzüberschreitender Projekte die Kooperation mit diesen Regionen befördern.
- V.1. Der Landtag unterstützt den gemeinsamen Wahlauf Ruf der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur Teilnahme an den Europawahlen am 26. Mai 2019.

Ebenso unterstützt der Landtag den Wahlauf Ruf der Regierungschefinnen und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder zur Teilnahme an der Europawahl am 26. Mai 2019. In diesem heißt es: "Die ostdeutschen Länder haben der Europäischen Union viel zu verdanken: Die Wiedervereinigung im Herbst 1990 war zugleich Ausdruck des Willens, Teil des geeinten, demokratischen Europas zu werden. Umgekehrt war die europäische Integration eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen des deutschen Einigungsprozesses. Die ostdeutschen Länder haben seither in vielerlei Hinsicht europäische Solidarität erfahren und hätten ohne die Hilfen der Europäischen Union den Anpassungsprozess nicht so erfolgreich bewältigen können. Die Europäische Union ist heute das größte Friedensprojekt, das Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Mit nationalstaatlichen Egoismen können wir die großen globalen Herausforderungen unserer Zeit, ob in der Han-

dels- und Finanzpolitik, ob im Umgang mit den weltweiten Migrationsströmen, ob im Kampf gegen Terror und Gewalt, ob in Fragen der Digitalisierung und Cybersicherheit oder den Klimawandel, nicht bewältigen."

2. Auch der Landtag ruft die Thüringerinnen und Thüringer auf, sich an der Europawahl am 26. Mai 2019 zu beteiligen. Wir brauchen ein solidarisches, soziales, gerechtes, demokratisches und ökologisches Europa und eine europäische Öffentlichkeit, die über die Weiterentwicklung der Europäischen Union offen und auch kontrovers diskutiert.

Begründung:

Im März 2017 legte die EU-Kommission das Weißbuch zur Zukunft Europas "Die EU der 27 im Jahr 2025 - Überlegungen und Szenarien" und die dazugehörigen Reflexionspapiere vor und schob damit einen breit angelegten Diskussionsprozess zur Zukunft der EU an. Mit den von ihr erarbeiteten fünf möglichen Szenarien unterbreitet die Europäische Kommission Vorschläge, welche Richtung die Entwicklung der Europäischen Union in den kommenden Jahren nehmen könnte.

Im Thüringer Landtag wurden sowohl das Weißbuch der Kommission als auch die Reflexionspapiere in allen Fachausschüssen und im Rahmen einer schriftlichen und mündlichen Anhörung mit Europaexperten und -expertinnen sowie Europainteressierten diskutiert. Das Ergebnis der Beratungen wurde in der Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags in Drucksache 6/6731 veröffentlicht.

Im Beratungsverlauf wurden die Wichtigkeit der Bewältigung der Klimakrise und die ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zum Ausdruck gebracht. Zudem ergibt sich als Konsequenz aus den Beratungen die Notwendigkeit eines neuen Aufbruchs für Europa mit dem Ziel, insbesondere die soziale Dimension der EU auszubauen und die sozialen Grundrechte für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger zu stärken.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blehschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Becker

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rothe-Beinlich